

Emilie Schlösser
88255 Baidt, Fliederstr. 8
und
Klaus Schlösser
88250 Weingarten, Franz-Beerstr. 88
Telf. 07502 912564
Fax. 07502 912618
0175 494 7334
emi.schloesser@t-online.de
[www:skandal-rv.de](http://www.skandal-rv.de)

Baidt, 14. Februar 2024

Staatsministerium
Baden-Württemberg
z.Hd.v.Herrn W. Kretschmann
z.Hd.v.Herrn Stegmann
Schloßplatz 4

70173 S t u t t g a r t -

an

Innenministerium Baden-Württemberg
z.Hd.v.Herrn Th. Strobl
Willi-Brandtstr. 41

70173 S t u t t g a r t

an

Ministerium für Finanzen
Finanzministerium
z.Hd.v.Herrn Bayaz
Schloßplatz 4

88173 S t u t t g a r t

an

Ministerium für Justiz u.Migration
Justizministerium -
z.Hd.v.Frau Justizmin. Gentges

Schillerplatz 4

70173 Stuttgart

an

**Bundeskriminalamt BKA
Organisierte Kriminalität
Wirtschaftskriminalität lt.§ 74, Abs. 1, Satz 1 GVG
Thalerstr. 11**

65193 Wiesbaden

sowie Landeskriminalamt Stuttgart

Presse, bzw. neutrale Presse etc.

„Offener Brief - Brandbrief“

über den an uns begangenen DM 8,0 Mio. illegale Umsatz-Urkunden-Bilanzbetrug, der DM 1,7 Mio. begangene Steuerbetrug, sowie die illegale Löschung unseres Nießbrauches und anderen schweren Vergehen der Ravensburger- und der Baden-Württembergischen Justiz. Diese Täter werden bis heute von allen Baden-Württembergischen Ministerien, Gerichtsbehörden und Finanzbehörden gedeckt. Alle Grund- und Menschenrechte wurden bis heute gegen uns außer Kraft gesetzt.

Nachfolgend gehen wir auf die schweren Verbrechen, sowie der Vertuschung dieser von allen Behörden zum Schutz der Täter, ausgeführt von den einzelnen Ministerien und Behörden, ein. Diese tatsächlichen Täter werden von diesen Ministern des Inneren, der Finanzen, der Justiz, der Landesregierung und der Finanzämtern, sowie auch schon von den vorherigen und weiter von den aktuellen Ministern, bis heute erfolgreich gedeckt und die schweren Vergehen vertuscht. Vermutlich auf Anraten und bewußten Falschaussagen und besonders der uneidlichen Falschaussage des ermittelnden Kripobeamten, Rainer Erdle, sowie den Ermittlungsbehörden aus Ravensburg, dies insbesondere gegenüber der Steuerfahndung Ulm, begangenen durch die Ravensburger Staatsanwaltschaft, des ermittelnden Kripobeamten und der Ravensburger Justiz.

Vorwort zur Aufklärung des Betruges und wie wir und ich über Original-Unterlagen an die wichtigsten Dokumente kamen, die ich dringend zur Aufklärung des an uns begangenen Betruges benötigte.

1. diverse Original-Unterlagen waren bei uns im Keller, Baienfurt, Schacherstr. 31, die bei der Beschlagnahme im April 2004 von den Beamten nicht, bzw. übersehen worden sind. Hier lagerten zum Beispiel die „Original-Buchhaltungs- und Bilanzordner der Jahre 1996 und 1997 der beiden Schlösser-Firmen, sowie die beiden Buchhaltungs-Ordner 1998- und 1999, über die bereits vom Stb. Schön und Wachtel, gebuchten Fälle des Jahres 1998- und des Jahres 1999. 1999 bis 30.4.1999.“ **Diese sind im Original bei mir.**
2. Nach dem Prozess am 3.4.08 erhielt ich von meinem Verteidiger, RA Rogg, die ihm von der Staatsanwaltschaft Ravensburg überlassenen 12 Gerichtsordner. In diesen Gerichtssordnern fand ich dann auch das von der Staatsanwaltschaft „manipulierte Polizei-Gutachten vom 28.1.05“. Nachdem ich den Sachverhalt, insbesondere die Täterfeststellung – den Steuerberater Link, durch den Polizeigutachter bereits seit September 2005 kannte, **stellte ich mit Bestürzung fest, dass genau dieses Gerichtsblatt 296 aus dem Gutachten entfernt worden ist. „so wurde mein Verteidiger, Herr RA Rogg, von der Ravensburger Justiz, bzw.von der Rbg. Staatsanwaltschaft schon zum Zeitpunkt des Prozesses am 3.4.08 manipuliert gegen uns, bzw. gegen mich, Emilie Schlösser.“**
3. Im Jahr 2009 waren wir in der Asservaten-Kammer des Insolvenzverwalters Pluta in Ulm. Wir hatten die Erlaubnis, alle unsere dort eingelagerten Akten und Geschäftsunterlagen zu sichten und mit zu nehmen, was wir für die Aufklärung des an uns begangenen Betruges benötigen. **Wir fanden damals viele sehr wichtige Geschäfts-Unterlagen, die zur Aufklärung für mich von Bedeutung waren. Unter anderem auch handschriftliche Notizen des für mich, E.Schlösser, zuständigen RA. M. Winterhoff, vom Büro Pluta, die ebenfalls für die Beweislage des Prozessbetruges für uns von besonderem Wert waren und sind. Diese liegen mir im Original vor.**
4. Im Jahr 2010 lernte ich durch Zufall eine Steuerbeamtin des Finanzamtes Ravensburg kennen. Diese Beamtin war in sofern unbescholten und unwissend, was ihre Kollegen für Straftaten während der Betriebsprüfung im Jahr 2002 an uns begangen haben. Ich bat sie damals, mir doch Kopien der von uns, bzw. von den Steuerberatern Storz und Link eingereichten Steuerklärungen der Jahre 1998-2002 Kopien zu fertigen. Gleich am anderen Tag rief sie mich an und teilte mir mit, dass ich € 85,- an der Kasse 1 einzahlen soll, dann würden mir die Kopien übergeben. **Auf den Kopien der Einzelfirma Klaus Schlösser konnte ich feststellen, dass diese bereits am 18.2.2003 lt. § 164 AO für**

ungültig erklärt worden sind. Dies zur Aussage des Finanzamtes Rbg gegenüber den Steuerfahndern aus Ulm, Herrn Brobeil und Frau Häussler, dass die Einzelfirma Klaus Schlösser, „zu keinem Zeitpunkt Steuererklärungen für die Jahre 1998-2001“ eingereicht hätte.

5. Nachweisbar, sind alles Lügen auch vom Finanzamt Ravensburg. Denn zum Zeitpunkt, als diese beiden Steuerfahnder, Herr Brobeil und Frau Häussler, im Jahr 2004 und 2005 in dem angeblichen, von Emilie Schlösser begangenen Steuerbetrug in Höhe von DM 1,7 Mio, ermitteln sollten, hatten diese Beamten alle, aber auch alle Steuererklärungen der Einzelfirma Klaus Schlösser. **Diese Lüge, dass von uns keine Steuererklärungen für die Jahre 1998-2001 erstellt und eingereicht worden wären, diente auch diesen Beamten von dem Finanzamt Ravensburg zur Vertuschung der Straftat des Stb. Storz und insbesondere der Straftat des zur Zeit bis 12/1999 beim Finanzamt Rbg angestellten Beamten, Mathias Link.**

6. Im Jahr 2015 war ich mit dem Steuerberater und Wirtschaftsprüfer Frank aus Ravensburg bei der Steuerfahndung Ulm. Wir hatten nach über einem Jahr beantragte Akteneinsicht in die „Strafakte von Emilie Schlösser“ endlich den gewünschten Termin bekommen. Aus diesen Akten wurden vorab 20 Seiten entfernt, die wir nicht einsehen durften. **Aber dann 2015 fanden wir u.a. in den Akten die „Aktennotiz vom 11.5.07 der Steuerfahndung Ulm, über die uneidliche Falschaussage des in unserem Fall ermittelnden Kripobeamten, Rainer Erdle.“ Alle von diesem Kripobeamten gemachten Aussagen sind nachweislich Lügen und können von uns belegt werden.**

Wir beginnen mit dem Staatsministerium, mit Herrn Kretschmann, Herrn Stegmann und weiteren Beamten, Petitionsausschuss und der Landesregierung Baden-Württemberg etc.:

**Sehr geehrter Herr Kretschmann,
Sehr geehrter Herr Stegmann,
Sehr geehrte Damen und Herren,**

in der Anlage erhalten Sie von uns den, inzwischen zigsten Strafantrag, gegen die Finanzbehörden Ravensburg-Weingarten, gegen die Steuerfahndung Ulm und den Strafantrag gegen die Oberfinanzdirektion Karlsruhe. Sowie Strafantrag gegen den in unserem Fall ermittelnden Staatsanwalt Peter Wizemann und den ermittelnden Kripobeamten, Rainer Erdle, vom 25. August 2023 – gestellt bei der Oberstaatsanwaltschaft Ulm. **Alle bis heute gestellten Strafanträge und Strafanzeigen bei den Ravensburger-Justizbehörden wurden entweder nicht**

bearbeitet, oder ohne je uns angehört zu haben, gegen uns abgeurteilt. Teils bis an das höchste Gericht, das BGH. Uns wurden bis heute alle Grund- und Menschenrechte versagt. Wir wurden ohne unseres Wissens laut GG Art. 18 zu „Verfassungsfeinden“ gemacht. Denn nur so ist überhaupt ein Vorgehen der Ravensburger und der Baden-Württembergischen Justiz für uns erklärbar.

Der Tatbestand und die willkürliche Verfolgung mittels erfundener Strafanzeigen wegen Verleumdung etc, die Diskriminierung von uns, die Opfer-Täter-Umkehr, und vieler weiterer Straftaten der Ravensburger-Justiz sind „Verbrechen gegen die Menschlichkeit laut dem Völkerstrafrecht und sind als solche auch zu verfolgen“. Was wir auch tun und anzeigen werden.

Und Sie, Herr Kretschmann vertuschen den an uns begangenen DM 10,0 Mio. Betrug seit Ihrer Amtseinsetzung. In diesem Zusammenhang verweise ich auf Ihre Fastenpredigt beim Pater Tönis hin. Die ich mir im Auto vor der Kirche angehört habe und dachte, „endlich jemand aus der Landesregierung, der uns Justizgeschädigten zur Seite steht.“ Aber falsch gedacht. **Denn von den Versprechungen in der Kirche ist von Ihnen nichts mit genommen worden in das Regierungspräsidium in Stuttgart. Sollte Ihnen, Herr Kretschmann, diese Fastenpredigt in ihrem Text nicht mehr bekannt sein, dann kann ich Ihnen diese gerne in seiner ganzen Länge nachliefern.** Und auch Herr Strobl, vertuscht seit 2016 alle Anzeigen gegen den Kripobeamten Rainer Erdle, der in unserem Fall, zusammen mit dem Staatsanwalt Wizemann, die Ermittlungen in dem DM 10.0 Mio. Betrug machte.

Beide Politiker – Herr Kretschmann und auch Herr Strobl – haben es bis heute, und das bei Herrn Kretschmann seit 10 Jahren, bei Herrn Strobl seit 8 Jahren, es nicht für notwendig erachtet, auch nur auf ein Schreiben, eine Eingabe wie das Disziplanverfahren gegen den in unserem Fall ermittelnden Kripobeamten, Rainer Erdle, DM zu antworten. „Das ist die Moral unserer Minister, und teilweise auch unserer Abgeordneten etc. - wir sind gewählt, alles ok – den Bürger brauchen wir nun nicht mehr.“

Meine und unsere berechnete Meinung hierzu ist:

„Wenn die Aufklärung und die Ermittlungen durch die Staatsanwaltschaft, durch die Kripo und auch die der Steuerbehörden in ihrer Entwicklung und Aufklärung - bzw bewusst verhindert werden - , und dann gegen uns, besonders gegen mich, Emilie Schlösser, mittels fünf Strafanzeigen – seit Sommer 2023 bis Januar 2024 = 5

Strafanzeigen wegen Verleumdung zum Werkzeug des „Verlierers und Lügners“, dem Staatsanwalt Wizemann, gemacht werden, um uns und mich mundtot zu machen, dann kann jeder Bürger feststellen, dass in unserer Justiz einiges nicht mehr stimmt.

Wir, besonders ich, Emilie Schlösser, werde von dieser Ravensburger Justiz auf das schlimmste beleidigt und diffamiert. **Und das in aller Öffentlichkeit.** Bei der 1. öffentlichen Verhandlung am 3.4.08 war die Aussage des Staatsanwalt Wizemann folgende: **„dass er auf weitere Straftaten von Emilie Schlösser verzichtet hätte, da er festgestellt habe, dass ich mental sehr stark eingeschränkt sei und daher nicht in der Lage gewesen wäre, eine Firma zu führen“.** Angeklagt war bei Emilie Schlösser, nach angeblicher 5-jähriger Ermittlungszeit, obwohl der Täter lt. Gutachten vom 28.1.05 schon feststand, ausschließlich „Einbehalt von Entgelt“.

Meine, Emilie Schlösser, Ausbildung ist „Aufbaugymnasium Klösterle, Industriekauffrau mit IHK-Abschluss und 5 Semester Volkswirtschaft beim Kolpingscolleg Ravensburg. Somit bin ich in der Lage gewesen, den Betrug im Jahr 2018-2019 nach Rückgabe des ebenfalls unterschlagenen Buchhaltungscomputers, über einen 2.Ausdruck den Buchhaltungs- und Bilanzbetrug, nachzuweisen.

Der urteilende Richter Böhm beim Prozess am 3.4.08 erlaubte sich dann noch die Aussage zu Emilie Schlösser: **„Frau Schlösser, sehen sie doch ein, dass sie zu dumm waren, eine Firma zu führen....“**

Der jetzige leitende Staatsanwalt Boger erlaubte sich 2015 folgende Aussage am Telefon: **Frau Schlösser, ich kann bei ihnen beginnende, fortschreitende Krankheitsmerkmale feststellen.....** Auf diese Unverschämtheit hin, brach ich das Gespräch -“dass mir endlich die unterschlagenen Buchhaltungsordner heraus gegeben werden - ab, und verabschiedete mich höflich. Stellte dann aber 2015 Strafantrag gegen den ltd. Staatsanwalt Boger. Der aber auch bis heute unbearbeitet geblieben ist.

Dieser Prozess am 3.4.08 wurde mittels eines „illegalen Deals“ unter den Juristen und unseren Anwälten ausgeführt. Vor dem Prozess wurde uns folgendes von unseren Anwälten gesagt: **„Dass mit dem Staatsanwalt und dem Richter vereinbart worden wäre, dass wir beim anstehenden Verfahren schweigen sollen. Denn bei einer Verteidigung durch uns, müssten wir mit mehreren Jahren Haft rechnen.“ das heißt im Klartext, auch bei diesem Verfahren konnten und durften wir uns nicht verteidigen.** Siehe vergehen gegen den Art. 103 - GG

An diesem Tag der persönlichen Beleidigung, schwor ich mir, gegen diese kriminelle

Handlungen der Ravensburger Justiz vorzugehen. Der Weg war nicht einfach. Fest stand für mich, wir wurden betrogen. Doch die Frage war, und von wem. Wie, war mir seit 2005 schon klar, dass es mit einer illegalen Umsatzerhöhung zu tun haben muss, war die einzige Möglichkeit. Denn die Steuern ging so drastisch in die Höhe, dass wir mit unserer Einzelfirma nicht mehr in der Lage waren, diese „angeblichen Steuern, hauptsächlich Umsatzsteuern, zu bezahlen. Da jedoch seit 2005 der Staatsanwalt Wizemann alle unsere 12 Bilanz- und Steuerordner der Jahre 1998-2003, inclusiv dem Buchhaltungscomputer unterschlug, hatte ich keine Möglichkeit, diesen Betrug eindeutig nachzuweisen. Seine dazu gebrauchte Lüge ist - „, dass Emilie Schlösser, diese 12 Buchhaltungsordner geschreddert hätte.“ Auch das ist eine Lüge und von uns über Dokumente nachweisbar. **Diese 12 Buchhaltungsordner wurden im Oktober 2003 vom Insolvenzverwalter, RA Winterhoff – damals angestellt beim Büro Pluta – mit nach Ulm genommen, da er zu diesem Zeitpunkt festgestellt hatte, dass in unserem Büro in Schachen Akten geschreddert worden sind. Der dokumentierte Nachweis von Herrn Winterhoff ist auf dem Deckblatt der Bilanzen dokumentiert, als er diese 12 Ordner bei der Staatsanwaltschaft Ravensburg ablieferte.**

Seit 2005 fordere ich Abständen immer diese 12 Buchhaltungsordner an. Es liegt mir ein ganzer Ordner allein für diesen Schriftverkehr vor. Ende 2015 endlich bekamen wir dann auch nach 12 Jahren, den ebenfalls seit 2004 beschlagnahmten Buchhaltungscomputer zurück. Jetzt hatten wir die Möglichkeit, mittels unseres jüngsten Sohnes, der Dr. der Informatik ist, der mir den 2. Ausdruck dieser 12 bis heute unterschlagenen „Original-Buchhaltungs- und Bilanz- und Steuerordner zu ermöglichen. Ende 2019 konnte ich in mühevoller Arbeit die Vorgehensweise des Betrages durch die beiden Steuerberater W. Storz und M. Link (Link war bis Ende 1999 Beamter beim Finanzamt Ravensburg) in all seinen Ausführungen erkennen, dokumentieren. Dieser Beweisordner ging auch an den Abgeordneten Herrn Nico Weinmann. Auch er erkannte den Betrug und wollte helfen. **Dazu dann näheres mehr beim Justizministerium. Hierzu noch unsere berechtigte Frage: „wie kann es möglich sein, dass ein Finanzbeamter (Mathias Link) gleichzeitig 2 Jobs ausführen kann und darf? Den 1. Job bis 31.12.1999 beim Finanzamt Ravensburg als „Staatsbeamter“ und den 2. Job schon im Jahr 1999 beim Steuerbüro Storz, als selbständiger Steuerberater?**

Wie Sie aus dem Strafantrag vom 25.8.23 ersehen können, habe ich die Vorgehensweise und die Vertuschung, eben auch der Finanzbehörden Ravensburg, der Steuerfahndung Ulm und der Oberfinanzdirektion nachgewiesen.

Bereits Ende Oktober 2002 – Betriebsprüfung der Finanzbehörden Ravensburg bei uns – hatte dieser Betriebsprüfer, Herr Gimple, und dann im März 2003 die Betriebsprüferin, Frau Weinmann, den an uns, durch die Steuerberater Storz und Link begangenen illegalen Umsatzbetrug, bereits erkannt. Diesen Betrug

dann aber zusammen mit dem Beamten Link vertuscht und damit den Stb. Storz gedeckt. Dies bereits beginnend und von diesen beiden Herren Storz und Link ausgeführt im Jahr 1999 – zu diesem Zeitpunkt war M. Link noch Beamter bei den Finanzbehörden Ravensburg, arbeitete aber schon nebenher beim Steuerbüro Storz. Erst Anfang 2000 trat Link in die Kanzlei Storz als Mitarbeiter ein. Näheres auf Seite 2, Seite 3, Seite 4 – 9 des Strafantrages vom 25. 8. 2023. Steuerbeamter Mathias Link hat schon im Jahr die Bilanzen und Steuererklärungen 1998 und 1999 im Büro Storz bearbeitet und die Betrügereien gegen uns gemacht, in Zusammenarbeit und in Gemeinsamkeit mit dem Steuerberater W. Storz.

Dazu kommt dann noch die „uneidliche Falschaussage vom 11.5.2007 des in unserem Fall ermittelnden Kripobeamten Rainer Erdle, gegenüber der Steuerfahndung Ravensburg- und Ulm. Alle darin von Erdle gemachten Aussagen gegenüber diesen Beamten sind Lügen, bzw. Unwahrheiten. Alle diese gemachten Aussagen sind von uns über teilweise Original-Beweise belegbar als Lügen. Diese Aussage des Herrn Erdle diente dem Staatsanwalt Wizemann „ausschließlich zur Vertuschung seiner eigenen Straftat, des Prozessbetruges und der Unterschlagung der wichtigsten Buchhaltungsakten der beiden Schlösser-Firmen seit 2005.“ Diese befinden sich noch heute, bzw. schriftlich von mir nachweisbar, seit 2014 im Besitz der Staatsanwaltschaft. Ravensburg. Eine handschriftliche Anweisung von Herrn Wizemann – August 2014 – an die Asservaten-Kammer liegt mir vor.

Seit dem Polizeigutachten vom 28.1.2005 steht der Täter, Steuerberater Mathias Link namentlich fest. Auf dem Gerichtsblatt 296 schreibt der Polizeigutachter, Herr Schöppner, wörtlich: „Steuerberater Link führte wilde Buchungen in Höhe von DM 5,8 Mio aus zu Lasten der Einzelfirma Klaus Schlösser, der GBR Klaus und Emilie Schlösser und der Sabine Schlösser, aus. Dies diente zur Vertuschung der längst fälligen Insolvenz der Schlösser-Spezialtiefbau GmbH.....“

Jetzt kommt die weitere Straftat, der Juristen P. Wizemann und dem Kripobeamten Erdle. Dieses Gerichtsblatt 296 aus dem Gutachten vom 28.1.2005, das unsere Verteidiger zu unserer Verteidigung von der Staatsanwaltschaft Ravensburg erhalten hatten, fehlt in dem an unsere Verteidiger zu unserer Verteidigung notwendigen Gutachten, dieses Blatt 296.

Weitere Straftaten dieser beiden Beamten, Staatsanwalt Wizemann und dem Kripobeamten, Rainer Erdle, sind folgende. Alle weiteren Behörden, die unseren Fall aufzuklären hatten seit 2003, wurden von diesen Beamten darauf hingewiesen, dass Emilie Schlösser, „mental sehr stark eingeschränkt ist“ und daher nicht in der Lage war, eine Firma zu führen. Aus diesem Grunde, wurde auch von keiner weiteren Behörde je eine Aufklärung eingeleitet, noch wurde ich

befragt und geladen. Und das seit fast 20 Jahren.

Nochmals, der Staatsanwaltschaft liegt seit 2015 ein Gutachten meines Kopfes des Chefarztneurologen vom OSK, Rbg vor. Dies beantragte ich nach der Aussage des ltd. Staatsanwalt Boger, dass er, Staatsanwalt Boger, bei mir beginnende, fortschreitende Krankheitsmerkmale erkennen könne. Diese Juristen hatten vor, mich in die Weissenau einweisen zu lassen. Dieses Gutachten beweist, dass bei mir keine „nervlichen Schäden“ erkennbar sind. Dem Chefarzt des OSK sagte ich, was der Grund des von mir geforderten MRT ist. Seine Aussage war damals, „wie einfach doch manche Menschen sind“. Ich antwortete ihm „es muss heißen, wie einfach manche Juristen und Staatsbeamten sind, um mit solchen Mitteln ihre eigenen Straftaten zu vertuschen.“

Meine Ansicht zur den Ermittlungsbehörden in Ravensburg ist folgende:

1. Dieser an uns begangene Wirtschaftsbetrag hätte vor das Landgericht, der Wirtschaftsstrafkammer nach § 74, Abs 1 GVG, gehört und nicht vor ein Amtsgericht wie in unserem Fall am 3.4.08 angeklagt. Dann wären Wirtschaftsreferenten und Sachbearbeiter für Buchprüfung eingebunden und gefordert gewesen. **Die Zuordnung dieses Betruges an uns hätte an die Wirtschaftsstrafkammer erfolgen, bzw sogar an die Schwerpunktstaatsanwaltschaft weiter geleitet hätte werden müssen. Denn keiner in dem an unserem Fall ermittelnden DM 10.0 Mio Betrug hatte diese - außer dem Polizeigutachter, Herrn Schöppner - notwendige Zusatzausbildung für Steuer- und Wirtschafts- bzw. Bilanzrecht. Daher gehen wir und ich davon aus, dass die institutionelle Unzulänglichkeit der Juristen, Peter Wizemann und Rainer Erdle, dass sie zwar die gefälschte Buchhaltung und die gefälschten Steuererklärungen, bzw den Betrug erkannt haben über das Gutachten vom 28.1.05, und dann einfach den einfachsten Weg gewählt haben, „uns, Klaus und Emilie Schlösser, vom Opfer zu den Tätern zu machen“, gewählt haben. Unsere Meinung hierzu ist noch, „keiner wird ein solches Verbrechen ausführen, wenn er dafür nicht irgendwie bezahlt, bzw. belohnt worden ist.“ Solche Vorgehensweisen haben mit einem Rechtsstaat nichts mehr zu tun. Solche Urteile, wie gegen uns am 3. April 2008 gefällt worden sind, sind „Unrechtsurteile“ und ethisch verwerflich. Es wurde einfach von diesem Juristen in Vereinbarung und Absprache ein „Quasi-Strafrecht“ angewendet. Alle rechtlichen Vorgehensweisen, Vorschriften und Gesetze wurden dazu außer Kraft gesetzt. **Durch die Rbg-Justiz wurden bewusst und vorsätzlich die Delikte der Finanzbehörden, der Kreditwirtschaft = der Volksbank Weingarten, das Nießbrauchrecht, sowie der Insolvenzkriminalität umgangen, um ihre eigenen Straftaten, der Unterschlagung unserer Akten, bei diesem Prozess am 3.4.08 vor dem Amtsgericht Ravensburg zu****

vertuschen.

Der an uns begangene Wirtschaftsbetrug ist als solcher bis heute nicht angeklagt worden.

- 2. Der an uns begangene 10,0 Mio-Betrug hätte vor eine Schwerpunktsstaatsanwaltschaft, bzw. vor ein Landgericht – Wirtschaftsstrafkammer - gehört. Das wurde von uns auch im Jahr 2017 bei der Schwerpunktsstaatsanwaltschaft Mannheim beantragt. Dieses Amt übergab jedoch unseren Strafantrag der Staatsanwaltschaft Ravensburg, wo er bis heute im „Keller ruht“, und nicht bearbeitet worden ist.**
- 3. Wir werden in dieser Sache uns überlegen, den Fall dem Bundeskriminalamt zu übergeben. Sowie die Vergehen, das „außer Kraft setzen der GG, bei den zuständigen Behörden anzeigen. Denn das BKA und auch das LKW ist für Wirtschaftsverbrechen in 10 -Mio-Höhe zuständig, nachdem alle Behörden und Ministerien in Baden-Württemberg sich in Schweigen hüllen und so den Fall aussitzen. Hier liegt ein massives Wirtschaftsverbrechen vor. Bis heute wurde es so verhandelt, dass wir mit Fug und Recht sagen können - „die Kleinen henkt man, die großen lässt man laufen“, bzw ab die Großen kommt man kaum ran. Wir haben eine Zwei-Klassen-Täterschaft. Ebenfalls hat hier die Dienstaufsicht letztendlich das Justiz- und das Innenministerium komplett versagt. Aber auch diese Minister schweigen seit 2016 und haben bis heute keine Anträge und Schreiben beantwortet. Auch das LKA Stuttgart weiss über den an uns begangenen DM 10.0 Mio – Betrug seit 8 Jahren bescheid. Auch dieses Amt hüllt sich in Schweigen seit dieser Zeit.**

Nun machen wir weiter mit den Innenminister Thomas Strobl

Sehr geehrter Herr Strobl,

seit dem Jahr 2016 sind Sie in die „uneidliche Falschaussage des Kripobeamten, Rainer Erdle gegenüber der Steuerfahndung Ravensburg und Ulm mit eingebunden. Wir haben diverse Anträge und auch Disziplinarverfahren bei Ihnen eingereicht. Die zu keiner Zeit von Ihnen bearbeitet wurden. Wie es Ihnen laut Ihrem Amt als Innenminister und Chef der Polizei vorgegeben und auch Ihre Pflicht ist. Sie, Herr Strobl, handeln gegen den von Ihnen geleisteten Eid als Innenminister. **Dieser lautet wie folgt: „ ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des Volkes widmen, die Verfassung und Gesetze wahren, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jeden üben werde.“** Da frage ich mich, „wo bleibt Ihre Pflicht, den „Meineid“ des Kripobeamten, Rainer Erdle, den ich Ihnen angezeigt habe, zu erforschen und zu bestrafen. **Vorrang hat auch hier, egal auch wenn es eine**

schwere Straftat ist, der Beamte und der Bürger hat zu gehorchen.

Denn seit 2016 – also sprich, fast genau 8 Jahre haben Sie, Herr Strobl, es nicht für notwendig gefunden, auch nur auf ein, bzw. die von mir gestellten Disziplinarverfahren gegen den Kripobeamten, Rainer Erdle, noch auf die fast 50 Schreiben und Beschwerden von mir und uns zu antworten. **Diese uneidliche Falschaussage lt. Aktennotiz der Steuerfahndung vom 11.5.07 entspricht in seinen Auswirkungen einem „Meineid“-.** **Dieser Meineid war Voraussetzung für die Volksbank Weingarten, uns komplett zu ruinieren. Diese Ruinierung von uns haben Sie, Herr Strobl, in all seinen Auswirkungen gegenüber uns, mit zu verantworten. Die Folgen dieser Aussage von dem Polizeibeamten Rainer Erdle, hatte für uns, für unsere Familie und für unsere 45jährige gutgehende Einzelfirma - „ nicht wieder herstellbare, unmenschlich Folgen.“** Wir bestehen weiter auf der umgehenden Aufklärung und Verurteilung der Täter, des Staatsanwaltes Peter Wizemann und des Kriobeamten, Rainer Erdle.

Wenn wir dann im Internet und auch in der Presse lesen müssen, „ wie im Fall Renner“, Sie, Herr Strobl, engagiert waren. **Aber hier geht es um Sex. Und zwar Sex unter Beamten hat natürlich Vorrang!** Allein aus dem Pressebericht der Kontex-Wochenzeitung und anderen Medien ist ersichtbar und erkennbar, wie die Beeinflussung der CDU war und heute noch ist, die auch hier im Fall Renner, die Macht an sich gezogen hat. Wie die Seilschaften funktionieren in unserer Landesregierung. Auch die Polizeipräsidentin, Frau Hinz, weiss seit Jahren von dem Betrug und des „Meineides“ gegen mich, Emilie Schlösser, bescheid, **„und schweigt ebenfalls nur“.** **Wenn wir als deutsche Bürger die Medienberichte lesen, müssen wir feststellen, dass es in unseren Landes- und auch in der Bundesregierung nur noch um Streitigkeiten unter Ministern, Abgeordneten und Beamten geht. Da stellt sich uns, wie auch vielen deutschen Bürgern die berechtigte Frage: „ warum wählen wir eigentlich noch? Wir wählen unsere Minister und Abgeordnete, dass sie für uns Bürger da sind. Die letzten Jahren musste ich oft von Bekannten und Freunden hören, „wählen, für wen? Für uns ist doch niemand dieser gewählten Abgeordneten und Minister da! Ihr, die Familie Schlösser, hat es doch am eigenen Leib erfahren müssen. Seit 20 Jahren werdet ihr von unserer Regierung doch nur belächelt.....“.** So die Aussagen von Bekannten und Freunden, die den Betrug an uns in all seinen Ausführungen kennen.

Das bestätigen auch die neuesten Nachrichten und Aussagen aus der Landesregierung **„Strobl und Kretschmann, wir sind die Musterknaben“.** Wir wurden als Kinder immer darauf hingewiesen, wenn wir uns selbst lobten, „dass Eigenlob nicht angebracht ist“, und Eigenlob nachweislich stinkt.

Nun machen wir weiter mit dem Finanzminister, Herrn Bayaz:

Herr Bayaz bei Ihnen komme ich auf das „Anonyme Hinweisgeberportal“ zu sprechen und zu schreiben. Im Jahr 2021 gründeten Sie zusammen mit der DSTG Baden-Württemberg, Herr Scholl, und dem Abgeordneten, Herrn Nico Weimann, das „Anonyme Hinweisgeberportal“ für Steuersünder zu Lasten des Staates. **Sie können uns jedoch nicht hier sagen, „dass dieses Hinweisportal ausschließlich für deutsche Bürger und Steuerzahler gilt, die Steuerbetrug begangen haben sollen. Und die Steuersünder aus den Reihen der Beamten, der Justiz, der Polizei und von Finanzbeamten, die Steuerbetrug an deutschen Bürgern begehen und begangen haben, nicht zur Verantwortung mittels dieses Rechtes gezogen werden können und dürfen? Auch dieses Gesetz ist wiederum eine „Augenwischerei“ und wir Bürger werden verdummt. In welchem Artikel steht es geschrieben und niedergelegt, dass dieses Gesetz nur „einseitig“ ist? Wir erwarten hier eine Antwort von Ihnen! Da stellt sich erneut uns die berechtigte Frage: „Oder, wurde auch Ihnen verboten, in dem an uns begangenen Betrug tätig zu werden?“**

In dem an uns begangenen DM 10.00 Mio. illegalen Umsatzbetrug geht es um ca. DM 1,7 Mio Umsatzsteuern, die aus der willkürlichen Erhöhung des Umsatzes herrühren. Weitere Steuern nicht eingerechnet. Um diese Steuern sind wir „willkürlich von deutschen Steuerbeamten mit betrogen worden sind“. Die zum Zeitpunkt Oktober 2002 und Anfang 2003 den Betrug, ausgeführt durch die beiden Steuerberater Storz und Link, diesen Betrug erkannt haben und dann diesen Betrug decken und vertuschen. Es sehenden Auges zugelassen haben, dass man uns und unsere 45 jährige Handwerks- und als mittelständische Firma ruinierte. Diesen Kampf um Gerechtigkeit in diesem an uns begangenen Betrug werden wir durchführen, bis alles aufgeklärt worden ist.

In den beigefügten Strafanzeigen habe ich genau aufgeklärt, wie der Bilanz-Umsatz- Urkunden- und Steuerbetrug ausgeführt worden ist. Unter anderem ist die Buchhaltung, bzw. die Buchungen bei den Bilanzarbeiten durch die beiden Steuerberater über diverse unordentliche, bzw. gefälschte Einzel- und Doppelbuchungen über die „Interimskonten“ ausgeführt worden, die dann noch diese Interimskonten aktivierten und zu Ertragskonten machten. Diese dann noch in den Jahresumsatzmeldungen vorsätzlich als Erhöhungen bei der einen Firma, unserer Einzelfirma, zugeordnet worden sind. Dies obwohl Sie in den GmbH-Bilanzen als Umsatz bilanziert sind. Aus diesem Grund hat dann auch das Finanzamt Rbg gegenüber den Steuerfahndern, Brobeil und Häussler, die Aussage gemacht, die nachweislich eine Lüge war, „die Einzelfirma Klaus Schlösser hat zu keinem Zeitpunkt Steuererklärungen für die Jahre 1998-2001 erstellt.“ **Natürlich liegt letztendlich die Dienstaufsicht im Justiz- bzw. Innenministerium. Aber auch diese Minister und Beamte finden es bis heute nicht für notwendig, hier tätig zu**

werden. Es wird ausschließlich den Lügen der Ravensburger Justiz geglaubt, ohne auch nur ein einziges Mal uns dazu gehört zu haben. Noch haben Sie bis heute keine Einsicht in die Geschäftsunterlagen von uns vorgenommen um sich von den Aussagen der Behörden zu vergewissern. Und selbst zu prüfen, ob die gemachten Aussagen auch stimmen.

Nun komme ich noch zu Ihrer Frau, Herr Bayaz. Am 4.6.2016 war in München der „grüne Polizeikongress – beim Bayerischen Landtag“. Bei diesem Kongress konnte ich mit diversen leitenden Polizeibeamten Gespräche führen und den Meineid ebenfalls zur Sprache bringen. Durchweg alle Beamte haben mir empfohlen und ans Herz gelegt, „unbedingt diesen Betrug über diesen Meineid aufzuklären bei den Behörden in Baden-Württemberg. **Sie, Herr Bayaz, wissen aber auch, dass wir bis heute nur belächelt und für dumm verkauft werden.**

Ich, und noch ein Justizgeschädigter, war seinerzeit eingeladen beim Bayerischen Landtag über den „Münchner-Justiz-Opferverein“, bei dem wir Mitglied waren und auch in den Jahren 2013-2016 div. Kundgebungen auf dem Marienplatz in München veranstaltet haben. Div. Male war Frau Leuthäuser-Schnarrenberg mit anwesend und div. Abgeordnete, die uns hier ein wenig unterstützten. Bekannte Fälle, wie G. Mollath, Horst Glanser, Ulvie Kulac, hier Frau Rödel, der Schlösser-Skandal wurden von uns öffentlich vorgetragen und den Menschen das Leid und die Fehler der Justiz öffentlich gemacht.

Des öfteren waren auch bekannte Persönlichkeiten, wie Norbert Blüm, Frau Leuthäuser-Schnarrenberg und eben auch Ihre Frau, Frau Katharina Schulze, bei unseren Kundgebungen als Redner anwesend und haben auch teilweise versprochen, uns „Justizgeschädigten deutschen Bürgern“ zu helfen. Von den einzelnen Justizgeschädigten wurden jeweils persönlich die an ihnen begangenen Verbrechen und unmenschlichen Handlungen der Justiz aufgeklärt und vorgetragen. Alle versprachen uns zu helfen. Geschehen ist in Wirklichkeit aber nichts. Nach den Beendigungen der Kundgebungen auf dem Marienplatz waren wir Justizgeschädigten schon wieder bei diesen Persönlichkeiten in Vergessenheit geraten.

Durch Ihr Schweigen in unserem Fall, begehen Sie, Herr Bayaz massive Verstöße gegen das Straf- und Steuergesetz. Dass unsere Justiz in Baden-Württemberg in vielen Wirtschaftsstrafverfahren, wie auch damals das „Flow-Tex-Strafverfahren“, wo auch die FDP, der damalige Wirtschaftsminister Walter Döring Infos aus einem gegen ihn laufenden Strafverfahren Ermittlungen von einer FDP Politikerin gesteckt bekam, nicht nach Gesetz ihre Arbeit machten. **In unserem Fall ermittelt kein Abgeordneter gegen die Staatsanwaltschaft Ravensburg. So ist der an uns begangene Betrug und das Verhalten aller Behörden von Baden-Württemberg eben auch mit dem „Flow-Tex-Skandal“ vergleichbar. Alle kennen den Betrug, haben aber Angst etwas dagegen zu unternehmen.** Angst, um ihren Stuhl, auf dem

sie „wohlversorgt“ sitzen, zu verlieren.

Bis heute haben sich alle Gerichte, alle Behörden und andere an unserem Vermögen und Eigentum bedient. Haben uns zeitweise sogar obdachlos gemacht. Und das soll ein Rechtsstaat sein. Eine gelebte Demokratie schon gleich gar nicht.

Nun kommen wir zum Justizministerium, zur Ministerin, Frau Gentges:

Hier möchte ich zuerst auf den neuesten Artikel vom 27.1.24 in der SZ Ravensburg „Ministerium will Ideen sammeln für eine „Justiz von morgen“, hinweisen. **Wir, Klaus und Emilie Schlösser, und die vielen Justizgeschädigten, brauchen nicht „das Morgen“. Wir brauchen „das Heute“ und das schnellstmöglichst. Denn im Hintergrund dieser und solcher „kriminellen Vereinigungen von Juristen“, stehen viele grundlos zerstörte Existenzen jahrelanger Handwerks- und Mittelständler-Unternehmen, zerstörte Familien. Teilweise Selbstmorde von Justizopfern und und und**

Mit solchen Artikeln trüben Sie mit Ihrem Ministerium, Frau Gentges, den deutschen Bürgern den Blick auf eine „gerechte Justiz“. Denn eine solche gibt es nicht. Und zwar so lange nicht, so lange wir Juristen in den Gerichten sitzen haben, die sich nach dem Willen der Lobby, der Parteien, der Banken und leider auch denen der Finanzbehörden richten. Auch nicht, so lange wir Kripo- und Polizeibeamte haben, die sich von Staatsanwälten zu Straftaten verführen lassen. „**Warum auch immer**“. Gibt es hier einen „Judaslohn“? Karrierechancen? **Es muss nicht immer Sex unter Beamten sein.** Oder was sonst, dass sich auch Polizeibeamte zu kriminellen Taten von einem Staatsanwalt verleiten lassen. **So geschehen in dem an uns begangenen „DM 10.0 Mio- illegalen Umsatz-Urkunden-Bilanzbetrug- und Nießbrauchbetrug. Der bis heute von allen baden-württembergischen Behörden und Gerichten erfolgreich vertuscht wird.**

Auch Ihrem Vorgänger, Herrn Wolf, wurden die Beweise von dem Abgeordneten, Herrn N. Weinmann vorgelegt. **Herrn Nico Weinmann wurde von Herrn Wolf verboten, in dem an uns begangenen Betrug tätig zu werden. Denn Herr Weinmann hatte den Betrug erkannt und war über die Art und Weise, was alles bis zu diesem Zeitpunkt – Dezember 2019 gelaufen ist, enttäuscht und auch entrüstet. Soweit sind wir in einer gelebten Demokratie und einem Rechtsstaat, da kann ein Justizminister Wolf einem Abgeordneten verbieten in einem DM 10,0 Mio-Betrug nicht tätig zu werden.**

Ebenfalls verboten wurde Herrn Scholl – DSTG und Beamter bei der OFD-Karlsruhe

– von der damaligen Präs. Frau Herz – sich aus der Sache Schlösser heraus zu halten. Ihre Aussage war: „**Denn Sie mischt den Murcks von anderen nicht auf**“. **Das war vor ca. 9 Jahren.** Herr Scholl verglich den an uns begangenen Betrug und die Vorgehensweise aller Behörden, mit dem „Flow-TeX-Skandal Baden-Württemberg“.

Wie wir bereits seit über 8 Jahren, Ihrem Vorgänger, Herrn Wolf u. da. Justizministern, den an uns begangenen 10,0 DM Mio-Betrug und den Prozessbetrug mitgeteilt haben, ist bis heute von keinem Minister je ein Antrag oder Schreiben beantwortet worden: „Bis heute wurden gegen uns alle Grund- und Menschenrechte außer Kraft gesetzt“. Wir durften uns bis heute kein einziges Mal verteidigen. Bis heute durften wir keine Beweisdokumente vorlegen. Am 3.4.08 wurde uns sogar verboten uns zu vereidigen. Die Aussage war von meiner Rechtsanwältin gegenüber mir, Emilie Schlösser, „ Die Anwältin sagte wörtlich, „ es wurde zwischen den Verteidigern, dem Staatsanwalt und auch dem Richter vereinbart, dass bei einer Verteidigung durch uns beim anstehenden Prozess, wir für mehrere Jahre in Haft müssten.“ Aus Angst schwiegen wir.

Wie schon geschrieben, Frau Gentges, „scheinbar wurden wir von der Ravensburger-Justiz zu Verfassungsfeinden“ gemacht. Denn nur diese Vorgehensweise berechtigt eine Justiz, uns die Grundrechte zu versagen. Die Aussage wird uns nach dem GG Art. 103 und weitere GG bis heute versagt.

Doch die Grundrechte sind durch das Bonner Grundgesetz – ein Segen für das deutsche Volk – geregelt. Unsere Menschenrechte und GG – also auch unsere Rechte – sind unverbrüchlich und unveräußerlich in diesem Bonner Grundgesetz – als unmittelbar geltendes Recht- ranghöchst festgeschrieben und damit garantiert.

Wir verweisen hier weiter auf die Präambel des GG hin.

Das heißt unter anderem im Klartext auch, dass das GG nicht von einem Gericht, einer anderen Justiz, einer Finanzbehörde, von Ministern ausser Kraft gestellt werden kann. Denn wir deutsche Bürger, also auch wir, können nicht unmittelbar mittels eines irgendwelchen erfundenen Rechtsgrundes und Kraft einer Justiz, einfach durch eine neue Verfassung ausser Kraft gesetzt werden. **Wir wurden bis heute von der Justiz in Baden-Württemberg behandelt, wie zu Zeiten der Naziregierung.**

Wir, Klaus und Emilie Schlösser, erinnern uns noch sehr gut an diese Zeit und an die Zeit nach 1945. Wir Beide sind Kriegskinder der Jahrgänge 1939 und 1941. Wir waren es, die zusammen mit unseren Eltern Deutschland wieder aufgebaut und auch Deutschland wieder an die Spitze gebracht haben. Heute sind zum Beispiel wir Beide die „Armen Rentner“, die den Asylanten und Zugereisten den Vortritt zu gewähren haben. **Das alles mitgemacht und mit ausgeführt von unserer Ravensburger-**

Justiz, gedeckt von allen Behörden in Baden-Württemberg. Aber genau das alles können unsere heutigen Politiker nicht nachvollziehen. Sie hatten zu keinem Zeitpunkt Hunger. Zu keinem Zeitpunkt als Mädchen Angst vor den Besatzern in den Jahren 1945 bis 1948.

Heute müssen wir Kriegskinder und Rentner zusehen, wie das von uns aufgebaute Deutschland willkürlich von Politikern zerstört wird. Wir Senioren, insbesondere wir „Justizgeschädigten“ werden mit Füßen getreten, werden beleidigt und für diese Beamten wäre es am besten, wenn wir schon im Himmelreich „aber nicht Himmelreich im Schwarzwald“.

Wir hatten einen Vorfall in der Familie meiner Mutter. Ein Vetter- ca. 23 Jahre – sollte 1945 noch zur 6. Armee. Auch weigerte er sich der Partei beizutreten. Dafür wurde er von einem Standgericht zum Tode verurteilt und 4 Wochen danach erschossen.“Ohne dass er sich verteidigen durfte“. Das Verfahren gegen ihn war so gegen ihn ausgeführt, „ wie alle Verfahren gegenüber uns, Klaus und Emilie Schlösser, ausgeführt von der Rbg und der Baden-Württembergischen Justiz. Das einzige, was heute, bzw. in unseren Verfahren ein bisschen anders ist, dass die die Todesstrafe nicht mehr ausgeführt werden darf.

Der Artikel 20, Abs. 3 gibt vor, dass der objektive Gesetzeswille des Gesetzgebers an das Gesetz, die GG gebunden ist. Das heißt, die Exekutive und die Rechtsprechung haben sich an die GG zu halten. Grundrechtseinschränkungen sind laut verfassungsrechtlichen Vorgaben nicht erlaubt. Das Gericht darf nicht im Wege der Auslegung, das gesetzgebende Ziel, einen wesentlichen Punkt zu verfälschen gehen.

Das Rechtsstaatsprinzip ist eines der elementarsten Prinzipien des GG. Und haben auch Vorrang vor der Verfassung. An das Rechtsstaatsprinzip sind weiter die Staatsanwaltschaften gebunden. Die Überwachung der Einhaltung dieser Rechtsstaatsprinzipien bei der Staatsanwaltschaft wird leider von oberster Stelle nicht überwacht.

Der Rechtsweg und die Fristen – also keine Verzögerung der Anklage um 5 Jahre wie bei uns gemacht - hätte somit auch bei unserem Verfahren am 3.4.08 eingehalten werden müssen. Eine Anklage hätte nach dem Beweis mittels des Gutachtens bereits im Jahr 2005 stattfinden müssen. **Und der Steuerberater Mathias Link, der im Gutachten vom 28.1.2005 bereits beim Namen genannt wird, angeklagt und zur Rechenschaft gezogen werden müssen. Nur so war die dann von der Staatsanwaltschaft bewusst verursachte Verzögerung, der Grund, dass man uns komplett ruinieren durfte. „das war so gewollt und mit den Tätern abgesprochen.“** Wir haben das Recht auf ein faires Strafverfahren. Waffengleichheit zwischen Staatsanwaltschaft und uns als Beschuldigte. Ebenfalls der Persönlichkeitsschutz – hier beim Gerichtsverfahren von Staatsanwalt Wizemann auszusagen „dass Emilie Schlösser mental sehr stark eingeschränkte sei und daher

nicht in der Lage war, eine Firma zu führen.“ Uns den Beschuldigten hätte die Möglichkeit gegeben werden müssen zur Wahrung unserer Rechte auf den Verlauf des Prozesses und das Ergebnis Einfluss nehmen zu können, bzw. zu dürfen. Dies wurde uns durch die Androhung von Haft kurz vor Beginn der Verhandlung verweigert.

Das Gebot der Wahrheitsfindung wurde durch die Ravensburger-Justiz bis heute nicht eingehalten. Auch wurden keinerlei Aufklärungen der Straftaten, der Steuerberater, der Vorstände der Volksbank Weingarten, sowie den Steuerbeamten des Finanzamtes Ravensburg, keine Zeugen angehört, keine Beweise eingesehen. **All das wurde uns zum Prozess am 3.4.08 von der Ravensburger Justiz verweigert. Die vorsätzliche Prozesverzögerung um genau 5 Jahre war ebenfalls so von der Staatsanwaltschaft Ravensburg so gesteuert worden, damit die Volksbank die Zeit hatte, uns zu deren Gunsten und zu Gunsten der Täter, der Steuerberater Storz und Link, uns auszurauben und zu ruinieren.**

Der Artikel 1 sagt ganz klar aus, „Garantie der Menschenwürde“. Das was bis heute die Ravensburger Justiz mit uns, bzw. speziell mit mir, Emilie Schlösser, macht, erinnert uns – wir, Klaus und Emilie Schlösser sind Kriegskinder der Jahrgänge 1939 und 1941 – an die grauenhaften Verbrechen des nationalsozialistischen Staates.

Weiter sagt der Art. 1 klar aus, „zuerst kommt der Mensch, dann der Staat.“ Die Würde des Menschen hat somit die oberster Verfassungswert.

Zudem bildet der Art. 1 die Wurzel für einzelne Rechtsprinzipien, die alle in den bisherigen Verfahren gegen uns, außer Kraft gesetzt worden sind. **Es wurde bis heute kein Schuldprinzip von der Justiz in Ravensburg ermittelt und angeklagt. Die diskriminierenden öffentlichen Äußerungen von Staatsanwalt Wizemann und Richter Böhm bei der Verhandlung am 3.4.08 – genau 5 Jahre nach der Insolvenz und 4 Jahre nach dem Gutachten, das den Täter, den Stb. Link beim Namen nennt, mussten wir einfach hinnehmen.**

Wir haben es mit der Ravensburger Justiz in unserem Fall mit einer verfassungskriminellen Vereinigung zu tun.

Weiter sagt der Art. 19 – zu Grundrechtseinschränkungen noch aus. Dass der am 3.4.08 durchgeführte Prozess – einem illegalen Deal entspricht – Androhung von Haft. Diese Vorgehensweise entspricht einer öffentlichen Gewalt. Weiter regelt dieser Art 19 den Zugang und dem Rechtsweg zu Gerichten und Instanzen.

Ja, meine Herren Minister, es ist hier für unseren Fall 5 Minuten vor Zwölf, dass Sie diesen an uns begangenen DM 10,0 Mio. Umsatz-Urkunden-Bilanzbetrug, und den Nießbrauchbetrug aufklären. Dazu muss jedoch im vorab geklärt

werden, dass wir, besonders ich, Emilie Schlösser, in die Aufklärung mit einbezogen werde und endlich die Möglichkeit bekommen uns verteidigen zu dürfen, bzw. Beweise vorlegen zu dürfen.

Es ist an der Zeit, dass sich diese Beamten und Minister endlich an Ihren Berufseid halten und nicht weiterhin Straftaten begehen und Lügen und Unwahrheiten bezeugen. Wie die Unterschlagen der wichtigsten unserer Geschäftsakten. Polizeiliche Sachbearbeiter nicht weiter zu Straftaten angeleitet werden von Staatsanwälten.

Wir erwarten Ihre Hilfe, Ihre Stellungnahme, unsere Anhörung und die Rechtsprechung in dem an uns begangenen Betrug.

.....
Klaus Schlösser

.....
Emilie Schlösser

alg.
Alle im Jahr 2023 gestellten Strafanzeigen gegen die Täter